Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Stettin, Kirchplatz Nr. 3. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 12 Januar 1884. Nr. 19.

Deutschland.

Berlin, 11. Januar. Wie französischen ultramontanen Blättern aus Rom berichtet wird, erklärte der Papst am Montag in der Kongregation der Kardinäle, er habe in das Geheimarchiv des Vatikans eine genaue Darstellung der Unterhaltung niedergelegt, welche er mit dem Kronprinzen geführt habe. Leo XIII. fügte danach gleichzeitig auch die Gründe bei, welche ihn bestimmt hatten, der Nachwelt die Erzählung eines Ereignisses zu übermitteln, das für die Zukunft folgenreich werden könne. Die Aufzeichnung eines solchen Vorganges ist indessen selbstverständlich und bedarf nicht erst besonderer Begründung.

Darüber, daß der Name des Prinzen Edmund Radziwill von dem Vatikan als Koadjutor des Kardinals Ledochowski vorgeschlagen wurde, ist ein Zweifel nicht mehr möglich. Nur über die Form, in welcher der Vorschlag erfolgt ist, wird noch gestritten; indessen ist es thatsächlich gleichgültig, ob dies in einem Schriftstück oder im Laufe eines amtlichen Gespräches geschehen ist. Eine jetzt verbreitete Version geht dahin: „Die Politiker des Vatikans hätten sich nach bekanntem Rezept einen vorhergesehenen Korb geholt, um die Aussichten für den wahren Kandidaten durch Abnützung des Widerspruchs zu bessern. Auch in polnischen Kreisen wäre man wenig erbaut gewesen, den Prinzen Radziwill als Nachfolger des Kardinals Grafen Ledochowski zu sehen."

Ueber die Stimmung der polnischen Kreise gegenüber dem Prinzen Radziwill sind wir nicht unterrichtet. Wie wir indessen aus glaubwürdiger Quelle erfahren, waren die Bemühungen, den Prinzen Radziwill zum Koadjutor zu machen, sehr ernst und wirkungsvoll unterstützte, so daß man sich schmeichelte, den mächtigen Widerstand, den man nach offen liegenden Thatsachen voraussehen mußte, diesmal besiegen zu können.

— Das Abgeordnetenhaus beschloß heute nach etwa dreistündiger weiterer Berathung, die Jagdordnung an eine besondere Kommission zur Vorberathung zu überweisen, und erledigte dann kleinere Vorlagen.

— Die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie ist von uns wiederholt anerkannt worden; wir sind in dieser Beziehung nun weiter gegangen, als die Anhänger der neuen Wirthschaftspolitik, denn wir haben anerkannt, daß diese Leistungsfähigkeit auch ohne Schutzzölle zur Geltung gekommen wäre. Die Berechtigung zu diesem Ausspruche liegt in den Erfolgen, welche die deutsche Industrie auf dem Auslandsmarkte trotz der Mitbewerbung anderer Staaten erreicht hat. Auch das Ausland erkennt die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie an, weniger direkt, als indirekt, weil in den Klagen über die Konkurrenz der deutschen Industrie auch eine Anerkennung liegt. Das Ausland klagt auch über die Entwickelung der deutschen Rhederei. Im Inlande ist von derselben wenig Notiz genommen worden, ungeachtet das Material für eine Anerkennung reich genug ist. Es ist nicht allein die Zahl der Schiffe überhaupt, sondern auch der im Inlande gebauten Schiffe gestiegen. Die „H. B. H." behandelt dieses Thema und sagt u. A.:

„Vor einem Jahrzehnt noch konnte mit einer gewissen Berechtigung die Klage erhoben werden, daß deutsche Rheder ihre neuen Schiffe, namentlich soweit es sich um Dampfschiffe handelte, vorwiegend im Auslande bauen ließen. Jetzt hat sich das vollständig geändert, wie unter anderem auch der Umstand beweist, daß von den im verflossenen Jahre für Hamburger Rechnung neu gebauten 22 großen Seedampfschiffen 18 auf deutschen und nur 4 auf englischen Werften hergestellt sind. Rhederei und Schiffbau haben sich eben Hand in Hand miteinander entwickelt; je mehr die deutsche Rhederei wuchs, desto mehr hatte sie auch die deutschen Werften in Anspruch zu nehmen, und mit der steigenden Leistungsfähigkeit der letzteren fiel für die Rhederei die Nothwendigkeit weg, sich der Hülfe des ausländischen Schiffbaues zu bedienen. Jetzt befahren auf deutschen Werften gebaute Dampfer unter deutscher Flagge alle Meere und haben den alten guten Ruf der deutschen Segelschifffahrt auch auf sich übertragen: mehr und mehr werden unsere deutschen Werften mit Aufträgen für ausländische Rechnung bedacht und speziell im Bau von Kriegsschiffen steht ihr Renommee auf anerkannter Höhe."

In neuerer Zeit sind im Inlande Klagen über die Verwendung ausländischen Materials auf deutschen Werften aufgekommen. Diese Klagen haben keine Berechtigung, weil (wie das genannte Blatt sagt) „der deutsche Schiffbauer, der mit englischen Werften konkurrirt, sein Material so auswählen muß, daß er etwas gleich Gutes oder Besseres zu mindestens annähernd gleichen Preisen zu liefern vermag. Er wird deshalb deutsches Eisen resp. deutschen Stahl daraufhin prüfen, ob er bei Verwendung desselben das, was von ihm verlangt wird, zu dem Preise, welchen er für das zu bauende Schiff bekommt, zu leisten im Stande ist. Von den deutschen Eisen- und Stahlwerken wird es abhängen, wie weit unter diesen Umständen ihr Fabrikat auf deutschen Schiffbauwerften Verwendung findet." Das Blatt sagt weiter, daß der Antheil deutschen Eisens und Stahls im deutschen Schiffsbau von Jahr zu Jahr steigt und speziell auf den hamburgischen Werften deutsches Schiffsbaumaterial in großem Umfange Verwendung findet. Zur Illustration dieses Ausspruchs theilt das Blatt Folgendes mit:

„Ein Rheder hat bei einer Hamburger Werft zwei Dampfschiffe ganz aus bestem Stahl zu erbauen in Auftrag gegeben. Die Werft hat sich für die Verwendung des Produktes eines rheinischen Stahlwerkes entschieden, weil dasselbe an Qualität und Preis allen Ansprüchen genügt, und so werden diese beiden neuen Dampfer ganz aus deutschem Material hergestellt werden." „Hier ist", bemerkt die „H. B. H.", der richtige Weg vorgezeichnet. Die deutschen Eisen- und Stahlwerke sind eines umfangreichen Absatzes an den deutschen Schiffbau sicher, wenn ihr Fabrikat dem konkurrirenden ausländischen an Qualität gleich, wenn der Preis einschließlich Transportkosten so gestellt werden kann, daß aus deutschem Material gebaute Schiffe sich nicht wesentlich theurer stellen als wozu das Ausland zu bauen vermag, und endlich, wenn die betreffenden Werke sich die Mühe geben wollen, den besonderen Bedürfnissen der Werften zu entsprechen. Daß es möglich ist, diese verschiedenen Bedingungen zu erfüllen, dafür ist durch mehrfache Erfahrungen und jetzt auch wieder durch den eben von uns erzählten Vorfall aus neuester Zeit der Beweis geliefert."

— Eine eigenthümliche Ironie des Zufalls hat es gefügt, daß zur selben Stunde, wo die „N. A. Z." sich für die Vertheidigung des Schweine-Einfuhrverbots Succurs aus Frankreich holt und den Abgeordneten Paul Bert als Eideshelfer für die Nothwendigkeit und Nützlichkeit dieses Verbots zitirt, die amerikanische Regierung einen schweren Schlag gegen den deutschen Handel plant. Sie hat, wie der Telegraph meldet, dem Repräsentantenhause eine Bill vorgelegt, welche die Einfuhr von Weinen und Liqueuren aus den Ländern untersagt, die sich dem Import von amerikanischem Pökelfleisch verschließen. In erster Linie richtet sie die Maßregel wohl gegen Frankreich, wo ja gegenwärtig die Verbotsfrage auf der Tagesordnung steht, und dessen Export an Spirituosen höherer Gattung größer ist, als der unserige. Indessen darf man die Größe der deutschen Ausfuhr von Weinen und feinen Liqueuren nach Amerika nicht unterschätzen; namentlich Rhein- und Moselweine gehen massenhaft nach den Vereinigten Staaten, und die von dort angedrohte Repression, die man schon seit der Rede des Präsidenten zur Eröffnung des Kongresses befürchten mußte, kann jedenfalls sehr schlimme Folgen haben. Auch bedeutet sie, abgesehen von der spezifisch wirthschaftlichen Seite der Frage, eine Niederlage der Abschließungspolitik, und Fürst Bismarck wird über kurz oder lang im Interesse des deutschen Handels das Verbot der amerikanischen Schweine-Einfuhr wieder aufheben müssen. Die Nothwendigkeit der Unterhaltung guter wirthschaftspolitischer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten ist gegenwärtig um so dringender, als alle Aussicht vorhanden ist, daß sich der deutsche Zuckerexport nach Amerika demnächst, und zwar veranlaßt durch die geschickte Anknüpfung vortrefflicher geschäftlicher Verbindungen, in ungewöhnlichem Grade heben wird. Amerika hat also gewissermaßen mehr Faustpfänder als wir in der Hand, um den Kampf, der unter allen Umständen bedauerlich ist, wirksam durchzuführen.

— Der Magistrat zu Hadersleben geht in der Maßregelung der Dänen, die nicht preußische Soldaten werden wollen und sich doch auf deutschem Gebiete aufhalten, voran. Er erläßt nämlich folgende Bekanntmachung:

„Alle sich dauernd hierselbst aufhaltenden dänischen Staatsangehörigen, welche im laufenden Jahre das 20. Lebensjahr vollenden, also innerhalb des Kalenderjahres 1864 geboren, im vorigen Jahre aber unbeachtet geblieben sind, werden hierdurch aufgefordert, sich in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar d. J. bei dem unterzeichneten Magistrat zur Stammrolle anzumelden, widrigenfalls dieselben sich der alsbaldigen Ausweisung aus den diesseitigen Landen aussetzen."

— Mit Bezug auf die gegenwärtig in Paris schwebenden Handelsvertrags-Verhandlungen zwischen Oesterreich und Frankreich meldet die Wiener „Presse", daß die österreichische Regierung eine Note an das französische Kabinet gerichtet habe, in welcher der Abschluß eines Vertrags auf der Basis der Meistbegünstigung auf unbestimmte Zeit mit einjähriger oder halbjähriger Kündigung vorgeschlagen wird. Gleichzeitig sollen die Verhandlungen über einen Tarifvertrag weitergeführt werden. Das gegenwärtige Provisorium läuft mit dem Februar d. J. ab.

— Zu der Ministerkrisis in Egypten wird der „Times" aus Kairo geschrieben:

„Nach der Annahme des Rücktritts der Minister müssen natürlich zunächst ihre Nachfolger ernannt werden. Allgemein sieht man aber in der Ernennung des neuen Ministeriums nur den zweiten Akt des Dramas, das mit der Berufung eines englischen Ministeriums schließen muß."

Den neuen Ministerpräsidenten Nubar nennt „Pall Mall Gazette" einen befähigten Armenier, welcher seine öffentliche Laufbahn ohne einen Pfennig in der Tasche begann und jetzt Eigenthümer von unbekannt wie erworbenen Millionen ist. Auch Arabi Pascha wird für die englischen Absichten ins Treffen geführt. Er wurde dieser Tage in seiner Verbannung in Colombo (Ceylon) interviewt und hat sich über die Lage in Egypten geäußert. Er hält die Preisgebung des Sudans durchaus für kein Unglück; er glaubt, daß das Prestige Egyptens dadurch keinen dauernder Schaden leiden werde, sondern ist vielmehr überzeugt, daß Egypten ohne den Sudan weit stärker sein werde, als es früher war.

Dem „Standard" wird aus Kairo gemeldet, daß der Schwager des Mahdi bei Esneh gefangen genommen und nach Kairo gebracht wurde. Derselbe versichert, daß der Mahdi nicht gegen türkische Truppen zu kämpfen beabsichtigt, sondern den Versuch machen will, mit denselben ein Bündniß zur Vertreibung der Fremden zu schließen. Er leugnet ferner, daß der Mahdi die Rolle eines religiösen Apostels sich anmaße; er vertheidige lediglich das Land gegen eine übermäßige Besteuerung und gegen die Unterdrückung des Sklavenhandels, welche beide Ursachen den Sudan der vollständigen Verarmung zuführten.

— Im Widerspruche mit den Meldungen der französischen Blätter, daß der Sturmangriff auf Bac-Ninh unmittelbar bevorstehe, wird von hervorragender militärischer Seite betont, daß allem Anscheine nach noch Wochen, ja Monate vergehen werden, ehe dieser Angriff mit sicherer Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden kann. Hervorgehoben wird, daß zunächst die von Frankreich aus gesandten Verstärkung-Truppen ins Tonkin eintreffen müssen. Sind diese aber im Februar an ihrem Bestimmungsorte angelangt, so beginnt bald die für militärische Operationen in Tonkin ungünstige Jahreszeit, so daß leicht der Mai herankommen kann, ehe sich Bac-Ninh in den Händen der Franzosen befindet. Freilich darf nicht übersehen werden, daß, wie jüngst an dieser Stelle ausgeführt wurde, auch die chinesische Regierung Monate braucht, ehe sie auf den schlecht passirbaren Bergpfaden Verstärkungen über die chinesische Grenze bis nach den bedrohten Punkten in Tonkin gelangen lassen kann. Wenn die der französischen Regierung nahestehenden Organe, wie der „Temps" jüngst versicherten, daß Frankreich, um sich wegen der Kriegskosten China gegenüber schadlos zu halten, sich ein territoriales Pfand nehmen und die Inseln Hainan und Formosa, sowie die Tscheuschan-Inselgruppe okkupiren würde, so hegt die chinesische Regierung in dieser Beziehung nunmehr ernstliche Besorgnisse. Während sie zuerst erklären ließ, daß insbesondere die Insel Hainan einen durchaus werthlosen Besitz darstelle, wird nunmehr der „Times" aus Hongkong vom 10. d. M. gemeldet, daß 2000 Mann chinesische Truppen in Folge eines Gesuches der Bevölkerung von Hainan um Schutz gegen einen französischen Angriff nach der erwähnten Insel abgegangen seien.

Inzwischen sind auch aus Hongkong weitere Nachrichten über die im französischen Artilleriepark von Hanoi erfolgte Explosion eingetroffen, bei welcher zwei Batterien fast vollständig zerstört wurden. Insbesondere ist auch eine Batterie von Berggeschützen durch diese Explosion, die auf einen Zufall zurückgeführt wird, vernichtet worden; ein Artillerist wurde getödtet, drei andere verletzt, während mehre Kasernen und Häuser ebenfalls zerstört wurden. Zugleich wird bestätigt, daß am 28. Dezember ein Truppenkorps von 2000 Annamiten einen nur durch 50 Mann Marine-Infanterie vertheidigten Posten angegriffen hat, nach einem mehrstündigen Kampfe aber genöthigt worden ist, sich zurückzuziehen; die Verluste der Annamiten bei diesem Zusammenstoße sollen sich auf einige 100 Mann belaufen. Auch an verschiedenen anderen Punkten erfolgten derartige Zusammenstöße, welche beweisen, daß trotz des von dem neuen König von Annam anerkannten Vertrages von Huë aller Orten in Tonkin nach wie vor die größte Unordnung herrscht.

— Ueber die religiöse Leichenfeier Lasker's berichtet die „C. T. C." aus Newyork, 10. Januar: Dem heutigen Trauergottesdienste im Emanueltempel für den verstorbenen Dr. Eduard Lasker wohnte auch der deutsche Gesandte, der deutsche Generalkonsul, der Bürgermeister von Newyork und viele hier anwesende hervorragende Deutsche bei. Die Leiche bleibt bis zur Ueberführung nach Deutschland, welche am Sonnabend stattfinden soll, im Tempel.

Ausland.

Paris, 10. Januar. Zum dritten Male in vier Tagen kommt die „Republique francaise" in ihrem heutigen Leitartikel auf die Lage der Dinge in Egypten zu sprechen, um nochmals zu erklären, daß durch den feigen und krämerhaften Egoismus der Engländer alles bedroht erscheine, was unter dem französisch-englischen Kondominium am Nil für die Zivilisation gewonnen worden sei. Dem „Soir" zufolge hatte der hiesige englische Botschafter Lord Lyons gestern noch vor dem Empfange der übrigen Diplomaten beim Ministerpräsidenten Ferry eine lange Audienz. Man hofft hier, daß die englische Regierung das Bedürfniß empfinden werde, sich über die Reorganisation Egyptens mit Frankreich zu verständigen, für welches an jener Stelle so große kommerzielle Interessen auf dem Spiele ständen.

Die radikale Presse macht wieder eifrig für Herrn von Freycinet Propaganda. Brisson nimmt die Präsidentenwahl an. Nach der „Liberté" beabsichtigten die Mitglieder der Majorität zum Revisionsprojekte der Verfassung ein Amendement zu stellen, durch welches die Dauer der Gewalten des Präsidenten der Republik von sieben auf vier Jahre herabgesetzt werden soll, jedoch mit dem Rechte der Wiederwahl. Auch Grevy solle sich darnach einer Neuwahl unterwerfen, selbstverständlich nach der zuvor seitens der Majorität des Kongresses eingegangenen Verpflichtung, ihn wiederzuwählen.

Petersburg, 10. Januar. Das „Journal de St. Petersbourg" meldet, der Minister des Aeußern von Giers werde der ihm durch den Botschafter Fürsten Lobanow nach Montreux überbrachten Einladung des Kaisers von Oesterreich folgend sich nach Wien begeben; der Tag seiner Ankunft daselbst sei jedoch Familienverhältnisse halber noch unbestimmt. Das Journal bespricht ferner die Antwortschreiben des deutschen Kaisers an den Magistrat und die Stadtverordneten von Berlin auf deren Neujahrs-Glückwunschschreiben und bemerkt: „Beide Schreiben bezeugen den Wunsch und das Vertrauen des Kaisers, daß der Friede erhalten bleibe und herzliche Beziehungen der Mächte allenthalben angebahnt werden. Alle Friedensfreunde theilen auf's herzlichste den Wunsch des deutschen Volkes, da die Vorsehung dem Kaiser noch ein langes, glückliches Leben gewähren möge."

Provinzielles.

Stettin 12. Januar. Ueber die Vorlage des Magistrats wegen Nachbewilligung von 601 Mark 6 Pf. Mehrkosten für die Speisung der Fontaine auf dem Viktoriaplatz referirt in der Donnerstag-Sitzung der Stadtverordneten Herr Cohn. Die Vorlage stand bereits in letzter Sitzung auf der Tagesordnung, wurde aber abgesetzt, weil sich die Finanz-Kommission über dieselbe noch nicht schlüssig gemacht hatte; jetzt ist dieselbe in ihrer Majorität zu dem Beschluß gekommen, der Versammlung die Ablehnung der geforderten Nachbewilligung zu empfehlen. Die Hauptursache des Mehrverbrauchs an Wasser liege an der Umänderung der Konstruktion der Fontaine. Für den Wasserverbrauch waren im Etat 600 Mark ausgeworfen worden, da die Fontaine ähnlich der auf dem Pariser Platz in Berlin hergestellt und wie diese mit einem 10 Millim. weiten Mundstück versehen werden sollte, welches nach einem Gutachten einen Maximal-Wasserverbrauch von 668 Mark erfordern würde. Nach Aufstellung der Fontaine wurde eine

Messung vorgenomm.. nach welcher sich der Wasserverbrauch auf 60 Pf. ... Stunde belief. Unterm 19. Juli v. J. habe ein Mitglied der Oekonomie-Deputation die Anzeige gemacht, daß mit dem 10 Mm. weiten Mundstück beim Spielen der Fontaine nicht der nöthige Effekt herauszubringen sei und daß eine Aenderung eintreten müsse. Eine Anfrage in Berlin bei der Firma Schäffer & Walter ergab, daß bei der Fontaine auf dem Pariser Platz sieben solcher Mundstücke angebracht seien und daß ein größerer Effekt beim Spielen der Fontaine am Viktoriaplatz nur zu erzielen sei, wenn ein Mundstück mit weiterer Oeffnung angeschafft würde. Es wurde demnächst von den Herren Schäffer & Walter ein Mundstück mit einer 17 Mm. weiten Oeffnung bezogen und eingesetzt. Hierdurch wurde ein größerer Effekt beim Spielen der Fontaine erzielt, aber auch ein größerer Wasserverbrauch verursacht. Die Oekonomie-Deputation beschloß, letzteren genau festzustellen und dazu einen Wassermesser aufzustellen; derselben ergab, daß in jeder Stunde 18½ Kbmtr. Wasser (Kosten: 1 Mk. 48 Pf.) verbraucht wurden. Der Magistrat ließ demnächst die Fontaine in der Zeit vom 14. Mai bis Mitte Oktober (mit Ausnahme der Sonntage) Vormittags von 10—1 Uhr und Nachmittags von 4—7 Uhr spielen. In dieser Zeit wurden 15,020 Kbmtr. mit 1201 Mk. 60 Pf. Kosten verbraucht; da im Etat nur 600 Mk. bewilligt waren, ist eine Nachbewilligung von 601,60 Mark nöthig. Die Finanzkommission empfiehlt, wie schon bemerkt, Ablehnung dieser Nachbewilligung, weil sie, wie der Referent ausführt, der Ansicht war, daß der Magistrat in dieser Sache unkorrekt gehandelt habe, da er nicht rechtzeitig eine Mehrbewilligung nachgesucht oder durch Einschränkung des Spielens der Fontaine eine Minderausgabe herbeigeführt habe. Ein Theil der Mitglieder der Finanz-Kommission, welcher jedoch in in Minorität geblieben sei, habe empfohlen, die 601 Mark 60 Pf. nachzubewilligen, dabei jedoch dem Magistrat ein Tadelsvotum auszusprechen. Die Majorität der Kommission war jedoch der Ansicht, daß hier ein Fall vorliege, wo kein Zweifel entstehen kann, daß der Magistrat schon während des Sommers gewußt habe, daß eine Mehrforderung nöthig werde; wenn er nun dieselbe trotzdem nicht nachgesucht habe, so leide unter solchem Verfahren das konstitutionelle Recht der Versammlung und deshalb sei die Finanz-Kommission zu ihrem Beschluß auf Ablehnung der Nachbewilligung gekommen, welchen sie auch der Versammlung zur Annahme empfehle.

Herr Dr. Dohrn. Der Viktoriaplatz sei schon von jeher das Lieblingskind der Majorität der Finanz-Kommission, Alles, was für denselben geschehen sei, mußte gegen den Willen dieser Majorität durchgeführt werden und es sei daher nicht zu verwundern, daß auch in der vorliegenden Sache Opposition gemacht würde. Das von dem Referenten erwähnte Mitglied der Oekonomie-Deputation sei Redner, die Mittheilungen über seine Thätigkeit in der Sache seien jedoch von dem Referenten nicht richtig angegeben. Er habe nicht eine einzige Aenderung an der Fontaine vorgenommen, welche nicht vorher von der Oekonomie-Deputation beschlossen war. Die Oekonomie-Deputation hat sich nach dem Beschluß der Versammlung durch lange Experimente davon überzeugt, daß mit einer 10 Mm. weiten Oeffnung des Mundstücks der gewünschte Effekt nicht zu erzielen sei, der ausgeworfene Strahl stand in keinem Verhältniß zur Größe des Bassins und des Platzes. Bei dem ursprünglichen Anschlage habe nicht die 10 Mm.-Weite des Mundstücks die Hauptrolle gespielt, sondern der Wunsch, eine Fontaine nach Art der auf dem Pariser Platz in Berlin aufgestellten herzustellen. Von der Firma Schäffer & Walter in Berlin, welche das Mundstück der hiesigen Fontaine geliefert, sei die Auskunft eingegangen, daß bei der Fontaine auf dem Pariser Platz 5—7 solcher Mundstücke angebracht seien und Redner sei demnächst selbst nochmals nach Berlin gefahren, um sich genauer zu orientiren. Er habe sich dabei überzeugt, daß es für Stettin zu theuer kommen würde, einen gleichen Apparat aufzustellen, wie bei der Fontaine auf dem Pariser Platz und sei deshalb probeweise ein neues Mundstück von 17 Mm. Weite hier aufgestellt worden, welches sich bewährt habe und noch heute in Funktion sei. Nachdem dieses Mundstück aufgestellt war, haben von Wasserleitungsbeamten Messungen über den Wasserverbrauch stattgefunden, dabei wurde jedoch die Berechnung nur auf Schätzungen hin gemacht und diese Berechnung mußte täuschen. Deshalb wurde auf Anregung des Redners von der Oekonomie-Deputation beschlossen, einen Wassermesser aufzustellen, weil dies der einzige zuverlässige Berichterstatter über Wasserverbrauch sei. Wenn man bedenkt, welch bedeutende Summen andere Städte für die Speisung von Fontainen auf Schmuckplätzen ausgeben, so muß man zu dem Resultat kommen, daß die in unserer Stadt dafür beanspruchte Summe sehr klein sei. Im Berliner Etat z. B. ist für Schmuckplätze ein jährlicher Wasserverbrauch von 300,090 Mk. vorgesehen. Davon kommen auf Spülung des Wrangelbrunnens 9000 Mk., Bewässerung der Linden und Speisung der Fontaine am Pariser Platz 45,000 Mk. u. s. f. — Wenn der Referent erwähnt, daß die Leistung der Wasserleitung an eine Grenze komme und daß diese Grenze durch den Selbstverbrauch von Wasser eher herbeigeführt werden könne, so sei hier doch noch lange Zeit, bis sich ein Nothstand herausstellen würde. Warum solle also schon jetzt gespart werden, wo eine Noth noch nicht vorhanden, und zwar an einer Stelle, wo sich die ganze Bevölkerung über die Einrichtung nur günstig ausgesprochen habe. Was den Antrag der Finanzkommission betreffe, die Nachbewilligung abzulehnen, so sei es wohl möglich, unter gewissen Bedingungen für einen solchen Antrag zu stimmen; sollte der Antrag in seiner jetzigen Fassung jedoch angenommen werden, so sei es unmöglich, den Beschluß durchzuführen, denn es bleibe dann ein unbewilligter Posten, der doch schließlich einmal erledigt werden müsse. Redner beantragt, den Antrag der Finanzkommission eventuell dahin zu ergänzen, den Magistrat regreßpflichtig zu machen, daß er den der Stadt erwachsenen Schaden ersetzt. Redner bedauert, daß die Finanzkommission nicht den Muth gehabt hat, diesen Antrag einzubringen. Es sei vom Magistrat allerdings in der Sache ein formeller Fehler gemacht worden; derselbe hätte im Frühjahr auf die Anzeige über den bestimmten Wasserverbrauch bei der Versammlung beantragen können, die Position schätzungsweise zu erhöhen, dann hätte sicher die Majorität der Versammlung, mit Rücksicht darauf, daß die Fontaine den Bedürfnissen entspricht, die Position bewilligt. Weil diese Schätzungs-Position nicht beantragt ist, empfiehlt die Finanzkommission den Antrag, nach welchem der Magistrat verklagt werden solle. Eine solche Klage sei nur unter Anrufung der Hülfe des Herrn Regierungs-Präsidenten möglich und werde es diesem Herrn möglicherweise ganz angenehm sein, daß ihm Gelegenheit geboten würde, sich in die städtischen Angelegenheiten zu mischen. Sollte der Antrag angenommen und der Magistrat regreßpflichtig gemacht werden, so würde Redner sich einen neuen Antrag vorbehalten, daß die besoldeten Mitglieder des Magistrats, ferner die Wittwe des Bürgermeisters Sternberg von der auf sie fallenden Quote befreit blieben.

Herr Cohn als Referent verwahrt sich dagegen, daß die Richtigkeit seiner Berichterstattung angegriffen sei, er habe sich genau an das in den Akten vorliegende Material gehalten. Er nimmt die Finanzkommission für ihr Verhalten in der Sache in Schutz und entgegnet auf die Bemerkung des Herrn Dr. Dohrn, daß bei Annahme des Antrages der Finanzkommission ein unbezahlter Posten in den Büchern schweben bleibe, daß es Sache des Magistrats sei, Mittel und Wege zu suchen, um die Summe zu decken.

Herr Oberbürgermeister Haken: Der Antrag der Finanzkommission muß die Ueberzeugung hervorrufen, daß die Sache in Betreff ihrer Wichtigkeit überschätzt würde. Es sei von Herrn Dr. Dohrn schon angeführt, sehr richtig, daß der Antrag der Finanzkommission allein in der Luft schwebe, es gäbe in der Sache nur zwei Wege, durch welche ein Resultat erzielt werden könne, entweder die Summe wird bewilligt oder im Wege der Klage vom Magistrat eingezogen. Diese Klage müßte sowohl gegen die besoldeten, wie gegen die unbesoldeten Mitglieder des Magistrats gleichmäßig eingeleitet werden. Der Regierungs-Präsident hätte einen Kommissarius zu ernennen und dieser die Klage anzustrengen. — Aber ist die ganze Angelegenheit dazu angethan, einen solchen Konflikt herbeizuführen? Wollen Sie dem Magistrat ein solches Mißtrauensvotum ausstellen? — Halten Sie dies für gerechtfertigt? Es sei ja richtig, daß der Magistrat gewußt habe, daß die im Etat vorgesehene Summe überschritten werden würde, aber er konnte nicht wissen, wie hoch sich diese Ueberschreitung belaufen würde. Der Magistrat hat schließlich von dem Antrage wegen Bewilligung einer Schätzungs-Position abgesehen, weil es sich doch nur um eine Buchung, nicht um eine Baarauslage gehandelt hätte. Der Magistrat hat nicht geglaubt, daß die Majorität der Versammlung die Summe ablehnen könne, denn es wäre der Oeffentlichkeit gegenüber nicht zu verantworten gewesen, daß die Fontaine geschlossen worden wäre, nachdem die im Etat vorgesehene Summe verbraucht worden war. Dazu kommt, daß zufällig die Ferienzeit der Versammlung fiel, als der Antrag hätte eingebracht werden müssen. Wenn der Referent so viel das konstitutionelle Recht der Versammlung betonte, so müsse Redner erwidern, daß der Magistrat nie daran gedacht hat, dies Recht zu schmälern; derselbe habe auch diesmal bona fide gehandelt und die Absicht sei ihm ferne gewesen, eine Ausgabe herauszuschmuggeln, er habe vielmehr geglaubt, des Einverständnisses der Versammlung sicher zu sein. Redner bittet schließlich, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen und dem Magistrat Indemnität zu ertheilen.

Ein Schlußantrag wird hierauf abgelehnt, nachdem Herr Rechtsanwalt Werner dagegen das Wort ergriffen und zugleich die vom Herrn Oberbürgermeister am Schluß seiner Rede ausgesprochene Bitte zum Antrag erhoben.

Herr Graßmann: Daß Rechnungen trügerisch sind, wird Niemand leugnen, am wenigsten die Finanzkommission, denn diese habe sich bei ihren Berechnungen schon wiederholt verrechnet. Selbst der Herr Referent, welcher in seinem Referat betont habe, der Magistrat habe eine sichere Berechnung des Wasserverbrauchs schon früher gehabt, habe in der Hitze seiner Rede ausgerechnet, daß 3 mal 60 gleich 148 sind. Man sähe also, eine Verrechnung sei leicht. — Was den Antrag der Finanzkommission betreffe, so seien die Grundsätze, welche diese Kommission verfolge, fehlerhaft; heute huldigt sie dem Grundsatz, daß nie mehr verbraucht werde, als bewilligt sei; schon zu wiederholten Malen habe sie jedoch zum Schaden des städtischen Säckels anderen Grundsätzen gehuldigt und mehr bewilligt, als gefordert war, so beim Bau des Rathhauses und der Realschule. Der Finanzkommission könne er nur wünschen, daß sie nicht bei kleinen Sachen groß, bei großen Sachen kleinlich sei, wie sie dies stets beweise. Handele es sich um Ausgaben im Interesse der Gegend vor dem Königsthor, so könnten die größten Summen gefordert werden, die Finanzkommission bewilligt sie ohne jede Einwendung, Redner erinnert nur an die 94,000 Mark für Kanalisation in jener Gegend. Handele es sich jedoch um andere Stadttheile, speziell um die Neustadt, so werde selbst bei der kleinsten Summe, welche gefordert wird, Opposition gemacht. Dies habe man bei dem Wege nach Bellevue gesehen und dies zeige sich auch wieder bei der jetzt vorliegenden Sache, hier sind selbst 600 Mark zu viel. Es ist zu bedauern, daß bei einer so kleinlichen Sache ein so groß aufgebauschter Konflikt herbeigeführt werden solle. Will die Finanzkommission diesen Konflikt herbeiführen, so möge sie thun was sie wolle. Redner glaubt jedoch nicht, daß bei solchen Beschlüssen die Bürger der Stadt auf ihrer Seite stehen.

Ein erneut gestellter Schlußantrag wird hierauf angenommen und demnächst der Antrag des Herrn Werner fast einstimmig angenommen, die Nachbewilligung der 601,60 Mk. ist damit ausgesprochen und dem Magistrat Indemnität ertheilt.

In nichtöffentlicher Sitzung wird beschlossen, auf die Ausschreibung der Stelle des zweiten Bürgermeisters zu verzichten, Herrn Syndikus Giesebrecht als alleinigen Kandidaten aufzustellen und die Wahl in nächster Sitzung vorzunehmen. Ferner schlug das Büreau vor, falls bis zur nächsten Sitzung kein Protest dagegen erfolgt, die sämmtlichen Mitglieder der Rechnungsabnahme-Kommission wiederzuwählen, mit Ausnahme des Herrn Dorschfeldt, der eine etwaige Wiederwahl definitiv abgelehnt hat; an seiner Stelle wird Konsul Rudolph vorgeschlagen.

— Dem seitherigen Stadthaupt- und Sparkassen-Rendanten Nehring zu Ueckermünde ist der königliche Kronenorden 4. Klasse und dem pensionirten Steueraufseher Wolf zu Kolberg das allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Der Pfarrer Erdmann Friedrich Braun in Medow ist zum Superintendenten der Synode Anklam ernannt.

— Im Frühjahr v. Js. hatte der Amtsvorsteher Germershausen in Scheune von der vorgesetzten Behörde die Anweisung erhalten, bei den Schafbesitzern seines Amtsbezirks anzufragen, ob unter den Schafen die Räude ausgebrochen sei und wurde der Amtsdiener Kark mit den Recherchen betraut. Am 9. März kam derselbe auf den Gutshof des Rittergutsbesitzers Runge zu Güstow und wollte sich eben zu dem Gutsinspektor begeben, als er von R. befragt wurde, was er schon wieder auf dem Gut wolle und als Kark hierauf Auskunft gab, erwiderte R.: „Welcher Sch . . . hat Sie denn hergeschickt und ließ noch einige Schimpfwörter folgen. Der Amtsdiener entfernte sich von dem Gutshof und erstattete dem Amtsvorsteher Anzeige, welcher gegen Herrn R. Strafantrag wegen Beleidigung stellte und wurde derselbe auch durch Erkenntniß des Schöffengerichts zu 60 Mark Geldstrafe eventuell 6 Tagen Gefängniß verurtheilt. Gegen dieses Erkenntniß hatte Runge rechtzeitig Berufung eingelegt und stand deshalb in der gestrigen Sitzung der dritten Strafkammer des Landgerichts als Berufungsinstanz Termin an, in welchem der Angeklagte zu seiner Vertheidigung anführte, daß die in der Anklage ihm zur Last gelegten Worte von ihm nicht gebraucht seien, wenigstens nicht in der Fassung, daß sie eine Beleidigung des Herrn Amtsvorstehers bedeuten konnten. Durch die wiederholte Beweisaufnahme sah jedoch der Gerichtshof die Beleidigung für erwiesen an und erkannte lediglich auf Bestätigung des erstrichterlichen Erkenntnisses.

— Neben den Bierflaschen sollen in nächster Zeit auch die Petroleum-Flaschen mit dem Füllstrich versehen sein. Die Veranlassung zu dieser Maßregel soll die sein, daß sich einige Geschäfte in Glashütten Flaschen aus besonders starkem Glase haben anfertigen lassen, um dieselben für den Petroleum-Detail-Verkauf in Verwendung zu nehmen. Diese Flaschen werden selbstverständlich wegen des dicken Glases unmöglich dieselbe Quantität enthalten können wie die bisher verwendeten.

— Wie gemeldet wird, werden die Verhandlungen über den Neustettiner Synagogen-Brand beim Schwurgericht in Konitz wahrscheinlich am 3. März ihren Anfang nehmen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Der Rattenfänger von Hameln." Große romantische Oper in 5 Aufzügen.

Vermischtes.

— Ueber den Brand der Klosterschule zu Belleville in Illinois sind weitere herzzerreißende Schilderungen eingetroffen. Zur Zeit des Ausbruchs des Feuers, welches in einem Kamin im Erdgeschoß seinen Ursprung hatte, lagen in den Schlafzimmern im 4. Stockwerke des Klostergebäudes etwa 20 Klosterschwestern und 60 Schülerinnen im tiefen Schlafe. Das Feuer hatte schon die Treppe ergriffen, als der erste Feuerlärm gegeben wurde. Eine entsetzliche Verwirrung entstand. Der Hausordnung gemäß waren alle Thüren der Schlafgemächer von außen verschlossen und die Schlüssel im Besitz der Oberin. Die Nonnen und die ihrer Obhut anvertrauten jungen Mädchen waren daher Gefangene und sahen sich den Weg über die Stiegen verschlossen. Die Flammen knisterten und prasselten immer deutlicher; die helle Lohe schlug zu den Fenstern empor und bei ihrem flackernden Scheine sahen die aus der Stadt herbeigeeilten Personen, die bei dem Mangel an Leitern keine Hülfe leisten konnten, die armen Mädchen im bloßen Nachtkleide jammernd umherlaufen, und die Nonnen bemüht, sie zu beruhigen und zu ermuthigen. Das Verhängniß rückte aber unaufhaltsam näher. Die Gluth drang schon in die Zimmer ein und nun begann eine furchtbare Szene. An den Fenstern erschienen die Gestalten der armen Mädchen und Kinder, sie stiegen zagend auf die Fensterbrüstung und sprangen dann von der gewaltigen Höhe durch Flammen und Rauch hinunter. In kurzer Zeit lagen 15 Menschenkörper zerschmettert als Leichen oder in Todeszuckungen auf dem harten Steinpflaster. Zwei Mädchen, von Todesangst erfüllt, klammerten sich an ein steinernes Gesimse und schwebten so über der unheimlichen Tiefe; endlich beleckten die Flammen sie, mit einem furchtbaren Aufschrei ließen sie ihren Halt fahren und lagen im nächsten Augenblick als gräßlich verstümmelte Leichen neben ihren verunglückten Schwestern! Die am Brandort versammelte Menschenmenge war in heller Verzweiflung. Der Mangel aller Rettungs-Apparate machte es unmöglich, Hülfe zu leisten, und das Klosterthor widerstand allen Anstrengungen, es aufzusprengen. Endlich brachte man eine mächtige Eisenstange, mit welcher das Thor eingestoßen wurde. Eine Schaar beherzter Männer drang nun in das brennende Gebäude ein, eilte über eine Hintertreppe in das vierte Stockwerk, schlug mit Aexten die Thüren ein und trug die vom Rauch betäubten Mädchen mit eigener Lebensgefahr ins Freie. Nur 40 Leben wurden so gerettet; außer Denen, die durch den gewagten Sprung aus den Fenstern das Leben verloren hatten, verbrannten noch etwa 15 Personen. Als man die Ruinen durchsuchte, fand man die Oberin und acht um sie gedrängte Kinder, von denen eines seine Arme um ihren Hals geschlungen hatte, todt und halbverbrannt vor. Von den Lehrerinnen verloren beinahe alle (18) das Leben. Und alles dieses wegen des unverantwortlichen und frevelhaften Leichtsinns, die Thüren der Schlafzimmer von außen zu verschließen.

Telegraphische Depeschen.

Dresden 14. Januar. Auch die zweite Kammer beschloß, die Petitionen gegen den Offizierskonsumverein auf sich beruhen zu lassen.

Wien, 11. Januar. Durch kaiserliches Handschreiben vom 9. d. M. werden der Kämmerer Graf Zdenko Kolowrat und Freiherr Ernst v. Walterskirchen als erbliche Mitglieder, ferner der pensionirte Sektionschef Freiherr von Buschmann, der Gesandte Graf Chotek, Museums-Direktor Hofrath Eitelberger, Geheimrath Oberst Graf Fugger, Gutsbesitzer Freiherr von Gondola-Ghetaldi, der Abt des Schottenstifts Hauswirth, der Gutsbesitzer General Koziebrodzki und der Generaldirektor der Südbahn, Schüler, als lebenslängliche Mitglieder in das Herrenhaus berufen.

Paris, 11. Januar. Das Journal „La Paix", Organ des Präsidenten, erklärt die von Neuem verbreiteten Gerüchte, daß der Gesundheitszustand des Präsidenten Grevy ein ungünstiger sei, für unrichtig.

Petersburg, 11. Januar. Die Akademie der Wissenschaften ernannte zu korrespondirenden Mitgliedern die Professoren Gustav Wiedemann in Leipzig, Paul Groth in München, Wilhelm Tomaschek in Gratz und Petriceju Hasden in Bukarest, ferner Theodor Gomperz, Mitglied der Wiener Akademie der Wissenschaften, Felix Tisserand, Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Paris und Jules Oppert, Mitglied des Pariser Instituts.

Die deutsche „St. Petersburger Zeitung" erfährt, die Plenar-Versammlung des Senats habe in Folge desfallsiger Petitionen beschlossen, zuständigen Orts noch vor der Entscheidung der Judenfrage durch die Judenkommission um die Aufhebung der provisorischen Maßregeln des Ministerkomitees vom Mai 1882 vorstellig zu werden, wonach u. A. die Abschließung von Verträgen mit Juden über den Verkauf oder die Verpachtung von Immobilien außerhalb der den Juden zugewiesenen Wohnsitze untersagt wird.

Kairo, 10. Januar. An Baker Pascha ist der Befehl abgegangen, Tokkar und Singat zu entsetzen und die dortigen Garnisonen an sich zu ziehen, westlich von Singat aber keinerlei Operationen zu unternehmen. Ferner beschloß der Kabinetsrath, Suakim besetzt zu halten; bezüglich Massavahs ist noch keine Entschließung gefaßt. Den Sudan anlangend, so wird vom Kabinetsrath erwogen, durch welche Mittel die wegen der Kanonen und Kriegsvorräthe sehr schwierige Räumung des Sudan am besten zu beschleunigen sei. Wie es heißt, sollen in den Provinzen Benisuef und Fayum gleichzeitig Unruhen ausgebrochen sein, die Fellahs würden von den Beduinen arg bedrängt, die Gouverneure sollen dringend um Verstärkungen gebeten haben.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 12. d. M., Vormittags 10 Uhr, werden im Mehlmagazin, Rosengarten 20—21, Roggen-Kleie, Futtermehl, Roggen-Spreu, Heu- und Strohabfälle gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Stettin, den 8. Januar 1884.

Königliches Proviant-Amt.